Pressemitteilung

Regional, national, international: Den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen verbessern!

Stuttgart, 08. März 2026. Jede Frau sollte frei und ohne Angst vor Strafverfolgung, ungehindert durch strukturelle oder finanzielle Hindernisse über den eigenen Körper entscheiden können – die freie Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch sollte davon nicht ausgenommen sein.

Doch auch im Jahr 2026 ist reproduktive Gesundheitsversorgung in Deutschland nicht gleichberechtigt zugänglich. Die fortbestehende Verankerung des Schwangerschaftsabbruchs im Strafgesetzbuch schafft ein Klima der Unsicherheit und trägt maßgeblich zu strukturellen Versorgungsdefiziten bei. Besonders betroffen sind Menschen im ländlichen Raum, Alleinerziehende, Personen mit geringem Einkommen sowie Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März erklärt der Landesverband von pro familia Baden-Württemberg:

Reproduktive Gerechtigkeit bedeutet mehr als eine formale Rechtslage. Sie umfasst einen tatsächlichen, diskriminierungsfreien, wohnortnahen und bezahlbaren Zugang zu medizinischer Versorgung, qualifizierter Beratung und die Möglichkeit selbstbestimmter Entscheidungen.

Die Ergebnisse der sogenannten ELSA-Studie zeigen deutlich: Die Versorgungslage in Baden-Württemberg ist unzureichend. In acht Landkreisen gibt es keine Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch. Betroffene sind gezwungen, weite Anfahrtswege und lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen. Eine freie Wahl der Methode ist häufig nicht gegeben.

Während der medikamentöse Schwangerschaftsabbruch in den vergangenen Jahren zugenommen hat, sind die Möglichkeiten für einen operativen Eingriff deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung ist kein Ausdruck erweiterter Wahlfreiheit, sondern Folge einer ausgedünnten Versorgungsstruktur.

Hinzu kommt die finanzielle Belastung: Schwangerschaftsabbrüche sind weiterhin nicht regulärer Bestandteil der Gesundheitsversorgung und müssen in der Regel privat finanziert werden. Mehr als jede fünfte befragte Frau gab in der Studie an, dass sie die Kosten vor erhebliche Schwierigkeiten stellen. Gesundheit darf jedoch keine Frage des Geldbeutels sein.

pro familia Baden-Württemberg fordert daher mit Nachdruck:

- die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs,
- die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die fachärztliche Aus- und Weiterbildung,
- einen flächendeckenden Anspruch auf psychosoziale Beratung,
- sowie die regelhafte Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen.

Solidarisch mit allen ungewollt schwangeren Personen, die einen Abbruch wünschen, unterstützt pro familia Baden-Württemberg die europäische Initiative My Voice. My Choice für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche in Europa. Die positive Entscheidung der Europäische Kommission zur Initiative – mit der zentralen Forderung nach einem solidarischen Finanzierungsmodell auf EU-Ebene – ist ein wichtiges Signal.

„Wir begrüßen die Entscheidung des EU-Parlaments sehr“, erklärt Ruth Weckenmann, Vorstandsvorsitzende von pro familia Baden-Württemberg. „Sie ist ein bedeutender Schritt für mehr

Sicherheit und Zugänglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen und sendet ein klares Signal für reproduktive Selbstbestimmung in Europa. Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Die Entscheidung ist lediglich ein erster Schritt. Es ist bislang unklar, wie Mitgliedstaaten entsprechende Mittel beantragen können und wie diese tatsächlich bei den Betroffenen ankommen."

Dennoch setzt die Europäische Union ein Signal, das in Deutschland weiterhin aussteht: Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung – und müssen als solche für alle zugänglich sein.

Die Landespolitik steht in der Verantwortung. Die Versorgung in Baden-Württemberg muss endlich strukturell verbessert werden.

Pressekontakt:
Pia Riegger, pro familia Baden-Württemberg, pia.riegger@profamilia.de, Tel.: +49 170 6311280

pro familia Baden-Württemberg – Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V. *ist Teil eines bundesweiten Fachverbandes für Sexualität, Partnerschaft und Familienplanung. Als Netzwerk engagiert sich pro familia für sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheit. Zu pro familia in Baden-Württemberg gehören 18 Kreis- /Ortsvereine mit 19 Beratungsstellen und sechs Außenstellen. Die Beratungsstellen bieten Sexual-, Schwangerschafts-, und Paarberatung. pro familia ist darüber hinaus mit sexualpädagogischen Angeboten in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen und durch Informationsveranstaltungen und Fortbildungen für Eltern, Lehrkräfte und Betreuungspersonal aktiv. Als Landesverband organisiert pro familia Baden-Württemberg den fachlichen Austausch zwischen den Beratungsstellen, unterstützt deren Arbeit und vertritt pro familia in Gremien auf Landesebene, gegenüber Politik und Verwaltung sowie in der Öffentlichkeit. pro familia Baden-Württemberg wird durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert und ist Mitglied im Paritätischen Baden-Württemberg und im Landesfrauenrat.*